

Bausparen auch für Wohneigentümer!
Siehe Seite 19 sgz

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

EDITORIAL



Hans Rudolf Gysin
Nationalrat, Direktor,
Wirtschaftskammer
Baselland

Agieren – nicht reagieren!

Bei meinen vielen Gesprächen und Begegnungen, die ich mit unseren KMU habe, drückt immer wieder die Meinung durch, unsere Unternehmen sollten sich aufs Tagesgeschäft konzentrieren und sich aus der Politik heraushalten. Ebenso erlebe ich aber auch immer wieder, dass genau diese Unternehmer – im Nachhinein notabene – am meisten «jammern», wenn der Staat über seine Gesetzgebung wieder einmal die KMU zur Kasse bittet, die Bürokratie auf deren Buckel aussern lässt oder ihnen echte Steine für den Geschäftsalltag in den Weg legt – allen frommen Beteuerungen über den Wert der KMU-Wirtschaft zum Trotz.

Wir wissen es: Die destruktiven staatlichen Eingriffe werden nicht weniger – im Gegenteil. Was sich in immer kürzeren Abständen am kantonalen und Bundes-Gesetzeshimmel über unseren KMU zusammenbraut, ist geradezu beängstigend: Die Billag-Abzocke, die Verkehrslasten und -Umverteilungen, die meist unsinnigen Verbote bei den Genussmitteln, die Umweltschutzgesetzgebung usw. nutzen jede fadenscheinige Möglichkeit aus, um gerade die KMU-Wirtschaft zur Kasse zu bitten. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen!

Diese unerfreuliche Ausgangslage ist der Hauptgrund, weshalb wir mit dem Schweizerischen Gewerbeverband (sgv) das neue Kommunikationskonzept mit dem «Standpunkt» und der «sgz» in Kombination konsequent umsetzen. Wir wollen agieren – nicht reagieren! Ich danke dem sgv herzlich, dass er uns mit seinem neuen Zeitungskonzept diese attraktive Möglichkeit bietet.

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

PRÄVENTION 6

Neue Studie zeigt, dass die Werbung die Trinkgewohnheiten der Jungen nicht beeinflusst

LEASING 12–16

Langfristige Finanzierungshilfen schonen die Liquidität der KMU in vielen Bereichen

VERKAUFSTRAINING 17

Die einfachen, aber höchst erfolgreichen Botschaften des Kommunikationsgenies Harry Holzheu

ERFOLGSBILANZ – Bei Wahl- und Abstimmungskämpfen in Kanton und Bund verzeichnet die Wirtschaftskammer durchs Band sehr erfreuliche Resultate

«Einmischung in die Politik ist unser Kerngeschäft»

Welche Aufgabe ist die wichtigste, die ein Verband wie die Wirtschaftskammer Baselland für seine Mitgliedsfirmen zu erfüllen hat? Soll er die einzelnen unternehmerischen Probleme seiner Mitgliedsfirmen lösen helfen? Soll er die Konkurrenzsituation zwischen den Mitgliedern gleicher Branchen verhindern? Soll er sich in den freien Wettbewerb zum Beispiel mit Richtpreis-Empfehlungen einmischen?

Nein, gerade solche Aufgaben kann und darf ein Wirtschaftsverband nicht wahrnehmen, auch wenn dies von einzelnen Mitgliedern – allerdings nur vereinzelt – immer wieder auch erwartet wird.

Rahmenbedingungen für die Mitglieder optimieren

Ganz klar: Jeder KMU-Inhaber bzw. jede -Inhaberin ist für den individuellen Geschäftsgang und Erfolg des eigenen Unternehmens selbst verantwortlich. Jedoch: Ein Verband wie die Wirtschaftskammer hat die Aufgabe, ja Pflicht, die gesetzlichen, staatsbürokratischen und fiskalischen Rahmenbedingungen, welche die geschäftliche Tätigkeit seiner Mitglieder beeinträchtigen, so optimal wie möglich zu gestalten und dieses zentrale Interesse seiner Mitglieder auf



In Abstimmungen zu Wirtschaftsthemen kämpft die Wirtschaftskammer – auch über Jahre – zäh für die KMU-Interessen.

politischer Ebene mit den zur Verfügung stehenden demokratischen Instrumenten durchzusetzen – auch im zähen politischen Kampf. Die zentrale Kernaufgabe der Wirtschaftskammer ist also die Einmischung in die Politik im Sinne der Mitglieder.

Transparenter «Aktionsfonds»

Dennoch ist die Wirtschaftskammer immer auch wieder mit kritischen

Mitglieder-Fragen zu dieser Kernaufgabe konfrontiert. Etwa: Weshalb bezahlen wir mit unserem Mitgliederbeitrag einen Zusatz-Beitrag in einen «Aktionsfonds», bei dem man nie so richtig weiss, wofür er gebraucht – oder etwa gar «missbraucht» – wird?

Diese Frage ist zweifellos legitim. Sie kann aber auch klar beantwortet werden:

Der «Aktionsfonds» ist in den Statuten der Wirtschaftskammer unter Art. 36 als festes Finanzierungsinstrument festgehalten. Die Beitragshöhe des Fonds und seine Verwendung sind im Anhang 5 der Statuten im Reglement über den Aktionsfonds bestimmt. So heisst es in Art. 2 dieses Reglements im Zusammen-

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

Neues Format – und neu jede Woche zusammen mit der sgz

Mehr Standpunkte der KMU-Wirtschaft im «Standpunkt»

In seinem 13. Erscheinungsjahr und nach insgesamt 271 Ausgaben macht der «Standpunkt der Wirtschaft» einen weiteren wichtigen Entwicklungsschritt: Mit dieser Ausgabe Nr. 272 erscheint unser «Hausmagazin» erstmals – in der Regel wöchentlich – im grossen Zeitungsformat.

Mehr Gewicht in Region und Bund

Die entscheidende Neuerung ist jedoch, dass der «Standpunkt» inskünftig zusammen mit der «Schweizerischen Gewerbezeitung» (sgz) an die rund 20'000 Abonnenten in der Nordwestschweiz verteilt wird. Damit wird die politische Interessenvertretung der Baselbieter KMU-Wirtschaft in unserer Region noch stärker und nachhaltiger.

Dank dem Schulterchluss mit der sgz gewinnen aber auch die wirtschaftspolitischen Anliegen der gesamtschweizerischen KMU-Wirtschaft spürbar mehr Gewicht und Durchsetzungskraft – zu Recht, wie

die wachsenden restriktiven Einflüsse des Staates auf die Wirtschaft allgemein und auf die KMU im Besonderen gerade in jüngerer Zeit immer stärker zeigen.

Doppelter Abonnenten-Nutzen

Für die Mitglieder der Wirtschaftskammer, die unsere «Hauszeitung» als Standard-Dienstleistung erhalten, aber auch für die zusätzlichen Abonnenten heisst diese Neuerung innerhalb des gesamten Kommunikationsangebotes der Wirtschaftskammer: Sie alle profitieren noch aktueller von wissenswerten Informationen und beratenden Beiträgen, aber auch von Berichterstattungen aus dem Wirtschaftsstandort Baselland und Nordwestschweiz.

Gleichzeitig profitieren sie von den Informations- und Beratungsangeboten des Schweizerischen Gewerbeverbandes (sgv), welche die immer wichtiger werdenden Aktualitäten der nationalen Wirtschaft – insbesondere aber

der schweizerischen KMU-Wirtschaft – abdecken. Eine Vielzahl von KMU-relevanten Themen werden darüber hinaus in der sgz vertieft behandelt und bringen so jedem KMU wertvolle Hintergrundinformationen für den Geschäftsalltag. Ein Blick in die eingelegte sgz zeigt dies eindrücklich auf.

Diese neue Dienstleistung der Wirtschaftskammer in enger Zusammenarbeit mit dem sgv bringt andererseits auch einen kommerziellen Nutzen für unser Mitgliedermagazin: Dank der erzielbaren Synergien in der zentralen Zeitungsproduktion sind die Kosten trotz deutlich umfangreicherem Angebot nicht grösser als bisher. Eine Win-win-Situation für alle Beteiligten also.

Aktualität stetig gesteigert

Der «Standpunkt der Wirtschaft» ist zum ersten Mal am 13. Januar 1998 erschienen – damals noch im Format A4, aber bereits in 14-täglicher Er-

scheinungsweise. Die Redaktion und Produktion wurde schon damals – noch in der Anfangsphase der elektronischen DTP-Herstellung – nach modernsten technischen Möglichkeiten «inhouse» sichergestellt, was schon vor 13 Jahren eine sehr kurze und damit aktuelle Herstellung ermöglicht hat. Ab Ausgabe Nr. 166 im Januar 2005 nutzte der Standpunkt dann auch die beschleunigte Herstellung mittels Zeitungsrotation, was den Aktualitätswert erneut spürbar erhöht hat. Mit dem jüngsten Schritt – der wöchentlichen Erscheinungsweise zusammen mit der sgz – wird die Aktualität ein weiteres Mal erhöht und das Informationsangebot gleichzeitig deutlich ausgebaut.

Die Wirtschaftskammer wünscht allen Leserinnen und Lesern des neuen «Standpunkt» weiterhin viele nutzbringende Anregungen.

Christoph Buser, Landrat,
Bereichsleiter KMU-Förderung



Es darf unserer KMU-Wirtschaft nicht gleichgültig sein, wer in der Regierung die Gesetzgebung prägt – gerade für KMU.

GUTE RAHMENBEDINGUNGEN für KMU sind das politische Ziel Weniger Knüppel zwischen den Beinen

FORTSETZUNG VON SEITE 1

hang mit dem Zweck und der Mittelverwendung:

«Der Aktionsfonds dient – im Interesse der Gesamtheit der Verbandsmitglieder – der Finanzierung von Aktivitäten zur Stärkung und Verteidigung der Position der Selbständig-erwerbenden und der KMU in Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie. Insbesondere bezweckt er die Abwehr von wirtschafts- und unternehmerfeindlichen Volksinitiativen, Referenden, Gesetzen, Verordnungen und Reglementen.»

Und ebenso ist in Art. 2 festgehalten, wer das Bestimmungsrecht über die Verwendung des Fondskapital hat: «Der Wirtschaftsrat beschliesst über die Mittelverwendung von Fall zu Fall.»

Der Wirtschaftsrat hat das Sagen

Der Wirtschaftsrat Baselland – und nicht irgendwelche Individualinter-

essen im «Haus der Wirtschaft» – bestimmen also wie, wo und in welchem Umfang das Fondskapital unter der Prämisse des Verwendungszwecks eingesetzt wird. Denn: Der Wirtschaftsrat ist das bestimmende Parlament der Wirtschaftskammer. Er fasst überdies vor jedem Urnengang die Parolen bzw. Abstimmungsempfehlungen zuhanden der Mitglieder. Wirtschaftsratsmitglieder sind der Zentralvorstand, die Präsidenten der Sektionen (bzw. deren Stellvertreter), bis zu 15 vom Zentralvorstand bezeichnete Einzelmitglieder und die Ehrenmitglieder.

Erfreuliche Erfolgsbilanz

Nicht zuletzt dank dem Aktionsfonds hat sich die Wirtschaftskammer in den vergangenen vielen Jahren engagiert und mit einer höchst erfreulichen Erfolgsbilanz für die Interessen seiner Mitglieder eingesetzt: So darf festge-

stellt werden, dass sich der Baselbieter KMU-Dachverband allein zwischen 2001 und 2009 auf kantonaler und eidgenössischer Ebene an 83 Abstimmungs- bzw. Wahlkampagnen entweder massgeblich beteiligt oder aber diese mit grossem Engagement selbst geführt hat.

Die Bilanz aus diesen politischen Kämpfen lässt sich sehen: 73 Kampagnen konnten im Sinne der KMU-Wirtschaft mit positivem Resultat an der Urne abgeschlossen werden. Lediglich bei 10 Urnengängen hat der Souverän nicht im Interesse der KMU entschieden: bei sieben eidgenössischen und lediglich drei kantonalen Vorlagen.

Fazit: Die Baselbieter KMU-Wirtschaft hat im Kanton ein starkes politisches Gewicht und gilt auch auf Bundesebene als verlässliche Partnerin in der politischen Interessenvertretung. Diese Stärke ist zu einem guten Teil der «Kampfkasse»

der Wirtschaftskammer – dem «Aktionsfonds» – zu verdanken, die erst die Möglichkeit bietet, rasch, engagiert und mit hoher Durchsetzungskraft aufzutreten.

Auch in Zukunft stark gefordert

Diese Durchsetzungskraft ist weiterhin gefordert. Denn: Insbesondere im Bund, aber auch im Kanton, sind politische Bestrebungen im Gang, um auf gesetzlichem bzw. fiskalischem Weg der KMU-Wirtschaft neue «Knüppel zwischen die Beine zu werfen» und die KMU als patente Milchkuhe zu missbrauchen: mit der überzogene «Verbotskultur» zulasten des Detailhandels und der Gastronomie, der offensichtlichen KMU-Abzockerei über Billag und Suisa, neuen hohen Verkehrsabgaben u.a. mit der Erhöhung der LSVA und der Treibstoffzölle (siehe Kolumne auf Seite 3), welche die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland beeinträchtigen, mit der ungebremsten Aufblähung der Staatsverwaltung und -kontrollen usw. **Die KMU-Wirtschaft muss sich dagegen wappnen und engagiert für Entlastung statt neue Belastung kämpfen** – im Kanton Baselland, aber erst recht auf nationaler Ebene mit unseren starken Partnern in den weiteren Kantonalverbänden und vor allem zusammen mit dem Schweizerischen Gewerbeverband.

Hans Rudolf Gysin, Nationalrat,
Direktor Wirtschaftskammer



Das Haus der Wirtschaft hat grosses politisches Gewicht.

WORTE DER WOCHE



Hans-Ulrich Bigler,
Direktor des
Schweizerischen
Gewerbeverbandes,
Bern

Starke Partnerschaft

Eine der ganz wichtigen Kernaufgaben des Schweizerischen Gewerbeverbandes (sgv) – ebenso wie der Wirtschaftskammer Baselland – ist die entschiedene Vertretung der berechtigten Interessen der KMU-Wirtschaft. Und das verlangt selbstverständlich auch die Kommunikationsmittel, die diese Interessen wirkungsvoll und nachhaltig in die breite Öffentlichkeit tragen.

Was liegt also näher, als das seit Jahren bestehende Publikationsorgan des sgv – die «Schweizerische Gewerbezeitung» (sgz) – in Zusammenarbeit mit den kantonalen Gewerbeverbänden breit im ganzen Land zu streuen. Wir haben diesen herausfordernden Schritt mit der vorliegenden Ausgabe getan. Die sgz wird in Zukunft in einer Auflage von rund 150'000 Exemplaren jede Woche in deutsch und französisch allen Schweizer KMU zugestellt.

Ich freue mich ausserordentlich, dass die Wirtschaftskammer Baselland als eine der aktivsten und schlagkräftigsten kantonalen KMU-Organisationen unser neues Konzept von Anfang an aktiv mitgetragen und gleichzeitig die Chance ergriffen hat, ihr eigenes Mitglieder-Magazin – den «Standpunkt der Wirtschaft» – in Kombination mit der neuen sgz jetzt jede Woche zu publizieren.

Damit hat die Wirtschaftskammer als erster Kantonalverband zweifellos ein Zeichen gesetzt, das auch andere Kantonalverbände motivieren wird, die damit verbundenen Synergien in ihrer Kommunikation zu nutzen. Für dieses vorbehaltlose und beispielgebende Mitziehen danke ich der Wirtschaftskammer herzlich. Ich freue mich, dass wir unser neues Konzept mit einer so starken Partnerschaft starten können.

Arbeitslosenversicherung – Linke bekämpft Revisionsabsichten Arbeitgeberverband sagt Ja zur Revision

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) startet bereits seine Kampagne zur Arbeitslosenversicherung (ALV). Er plädiert für ein Ja zur geplanten Gesetzesrevision, die von der Linken mit dem Referendum bekämpft wird.

«Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ist dringend nötig», sagte Arbeitgeber-Direktor **Thomas Daum**

Ende März vor den Medien in Bern. Die ALV weise ein strukturelles Defizit von rund 920 Millionen Franken auf und werde Ende des Jahres gegen 9 Milliarden Franken Schulden angehäuft haben.

Die vom Parlament beschlossene Revision bringe eine «ausgewogene Kombination» von Beitragserhöhungen und Leistungskorrekturen. Ohne

Korrekturen auf der Leistungsseite müssten die Beitragserhöhungen doppelt so hoch ausfallen, gab Daum zu bedenken. Dies sei weder im Interesse der Arbeitgeber noch in jenem der Arbeitnehmenden.

Sozialverträgliche Kürzungen

Leistungskürzungen sieht die Vorlage insbesondere für junge Arbeitslose vor. Sie erhalten weniger Taggelder und müssen auch Stellen annehmen, die nicht ihren Fähigkeiten entsprechen. Neu hat nur noch Anrecht auf 400 Taggelder, wer mindestens eineinhalb Jahre in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt hat.

Der Arbeitgeberverband wertet diese Leistungskürzungen als sozialverträglich. So werde der Anreiz für eine rasche Rückkehr in den Arbeitsmarkt gefördert, sagte Daum.

Schwierige Abstimmung

Der SAV hebt hervor, dass keine sukzessive Kürzung der Taggelder bei länger dauernder Arbeitslosigkeit vorgesehen sei. Diese von bürgerlicher Seite eingebrachte Massnahme

war im Parlament abgelehnt worden. Weiter verweisen die Arbeitgeber auf die Situation der Arbeitslosen in anderen Ländern. Nach einem Ja zur Revision biete die Arbeitslosenversicherung im Vergleich immer noch eine gute Absicherung.

Daum räumte indes ein, dass es schwierig werden könnte, die Bevölkerung von der Vorlage zu überzeugen. Was als Abbau wahrgenommen werde, sei nicht durchzubringen, sagte Daum mit Blick auf die verlorene Abstimmung zur beruflichen Vorsorge.

Reformen nicht aufschieben

Reformen braucht es nach Auffassung des Arbeitgeberverbandes nicht nur bei der Arbeitslosenversicherung, sondern auch bei der AHV und der IV. Arbeitgeber-Präsident **Rudolf Stämpfli** warnte davor, die Lösung der Probleme zu verschieben.

Die konjunkturelle Erholung sei zwar noch «flach», doch dürfe die wirtschafts- und sozialpolitische Agenda nicht weiterhin im «Krisenmodus» geführt werden. Ein Leistungsausbau komme bei den Sozialversicherungen nicht in Frage, die Sozialausgabenquote der Schweiz sei bereits hoch. Bezüglich der wirtschaftlichen Aussichten zeigt sich der Arbeitgeberverband dennoch optimistisch. (SDA/SAV)

POLITIK AKTUELL

Wichtiger Entscheid fürs Baselbiet

Die Jugendräte beider Basel wollen mit «parteiübergreifenden Sessionsberichten» interessierten Jugendlichen aktuelle Politik näher bringen. Die erste Veranstaltung fand Ende März im Binninger Kronenmattsaal statt, eine zweite wird nach der Herbstsession folgen.

Dass die Vermittlung politischer Themen mitunter ein schwieriges Unterfangen darstellt, zeigte sich beim ersten Sessionsbericht in Binningen. Einmal war das Podium sehr einseitig zusammengesetzt. Als einziger Bürgerlicher sah sich Nationalrat **Christian Miesch** mit drei links-grünen Vertretern konfrontiert. Und die Themen «Abzockerinitiative» und «Ausschaffungsinitiative» eigneten sich aufgrund des noch offenen Beratungsstandes im Parlament nicht unbedingt für eine abschliessende Diskussion.

Immerhin wertete Christian Miesch den nationalrätlichen Entscheid zugunsten der beiden Bauspar-Volksinitiativen als den fürs Baselbiet wichtigsten Entscheid der Frühlingssession (siehe auch Seite 19 in dieser sgz-Ausgabe). Dies leider im Gegensatz zu den zwei ebenfalls teilnehmenden Baselbieter SP-Vertretern **Susanne Leutenegger-Oberholzer** und **Eric Nussbaumer**.

MWB.

Fixkosten werden zu variablen Kosten.

MUTATION – Die Liga der Baselbieter Steuerzahler hat die Verbands-spitze neu bestellt.

Gilbert Hammel ist neuer Präsident

Nach zehnjähriger Tätigkeit als Präsident der «Liga der Baselbieter Steuerzahler» hat **Urs Steiner** an der ordentlichen Liga-Generalversammlung von Ende März sein Amt in die Hände von **Gilbert Hammel** übergeben. Der Neugewählte, ist als Treuhand- und Bankfachexperte direkt am Puls der Steuerzahler tätig. Die Versammlung wählte darüber hinaus für zwei weitere Wahlperioden die Vorstandsmitglieder: Landrat **Christoph Buser** (Geschäftsführer), **Dr. Dieter Völlmin** (Vizepräsident), Nationalrat **Caspar Baader**, **Dr. Markus Bürgin**, Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**, e. Nationalrat **Walter Jermann**, Gemeinderat **Uwe Klein**, Landrat **Hans-Jürgen Ringgenberg**, **Dr. Hans Peter Salzgeber**, Landrätin **Daniela Schneeberger** und **Andreas Zbinden**. In Anerkennung seiner Verdienste wurde Urs Steiner zum Ehrenmitglied ernannt.

KMU FRAUEN BASELLAND

Jahresprogramm 2010

Für das Jahr 2010 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe in Planung bzw. bereits weitgehend fixiert. Die Mitglieder erhalten rechtzeitig die detaillierten Einladungen für die Anlässe.

Besichtigung TeleBasel

Dienstag, 18. Mai, 18 Uhr, mit exklusiver Führung und Blick hinter die Kulissen, Basel

«BioBauer»-Sommerplausch

Mittwoch, 30. Juni, 17 Uhr, mit Besichtigung des BioBauern-Betriebs Rehaghof/Schürhof in Aesch; anschliessend gemütliches Grillieren und Degustieren

Betriebsbesichtigung Käch AG, Dornach

September, Sanitäts- und Rettungs-Notzentrale Heinrich Käch AG, Dornach

Weihnachtsanlass

November, mit Partner: «Wein & Schokolade»

An einer Mitgliedschaft interessierte Damen sind eingeladen, an einzelnen Anlässen teilzunehmen und dabei KMU-Frauen unverbindlich kennenzulernen. Wir bitten um vorherige Anmeldung.

Weitere Auskünfte und Anmeldung:

Tel. 061 927 65 58 oder kmu-frauen@kmu.org

Gewerbe- und Industrievereine

KGIV-Agenda 2010

In diesem Jahr sind von der Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine sowie von den einzelnen Vereinen (GIV) folgende Anlässe geplant:

KMU-Forum Muttenz

Mittwoch, 14. April, 18.15 Uhr
Veranstalter: ghi Muttenz. Thema: «Der Umgang mit Altlasten im Kanton Baselland» im Coop Bildungszentrum in Muttenz, Seminarstrasse 22.

GV Gewerbe und Industrie Aesch

Donnerstag, 15. April, 19 Uhr, im Gasthof Mühle in Aesch. Die Einladungen wurden an die Mitglieder bereits versendet.

GV KMU Allschwil-Schönenbuch

Dienstag, 20. April, 19 Uhr, im Alterszentrum «Am Bachgraben» in Allschwil

Frühlingsmarkt in Arlesheim

Samstag, 24. April, 9 bis 16 Uhr, im Dorfkern.

Die Agenda wird laufend aktualisiert.

Weitere Infos/Kontakt:

Tel. 061 927 65 40 oder
Mail: s.eplin@kmu.org

POLITKOLUMNE

Für wen sind die Milliarden-Löcher?

Im Jahr 2009 sind 1,18 Millionen Lastwagen (minus 7,4 Prozent gegenüber Vorjahr) durch den Schweizer Alpenbogen gefahren. Die Bahn transportierte 2009 noch 20,9 Millionen Nettotonnen (minus 17,7 Prozent) durch die Alpen. Letztes Jahr wurden 61 Prozent der Güter auf der Schiene befördert (minus 3 Prozent). Das sind die offiziellen Verkehrszahlen des Bundesamts für Statistik zur Lage beim alpenquerenden Güterverkehr. Die Zahlen zeigen: Vom Verlagerungsziel der Alpeninitianten, den Strassengüterverkehr auf jährlich höchstens 650'000 Fahrten «von Grenze zu Grenze» zu vermindern, ist man weiter entfernt denn je. Die Zahl der alpenquerenden Fahrten lag 2009 immer noch bei 1,18 Millionen. Warum?

«Dieser Rückgang ist unter anderem auf die stark gesunkenen Preise beim Strassentransport zurückzuführen», werden bundesamtliche Erklärungen – landläufig sagt man dem Ausreden – produziert, um die NEAT-Milliardeninvestitionen zu rechtfertigen. Und weiter im Text: «Die leichte konjunkturelle Erholung schlug sich in einer erhöhten Transportnachfrage nieder.» Bereits im Verlagerungsbericht vom Herbst 2009 hatte der Bundesrat festgehalten, dass das Ziel der besseren Schienen-Auslastung nur mit zusätzlichen Instrumenten erreicht werden könne. Gemeint ist damit vor allem eine Alpentransitbörse. Das wäre ein Verkehrslenkungssystem mit angeblich «marktwirtschaftlichen Instrumenten». Im Klartext: Man verteuert und verknappt das Angebot für den Strassentransport durch Kontingentierung der Fahrten und zwingt die Güterströme so auf die Schiene. Der hehre und bis heute gültige Grundsatz der freien Verkehrsmittelwahl geht dabei vor die Hunde.



Peter Amstutz
ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der baz.

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

Die Schweiz gerät mit ihrer auf Zwangsmassnahmen beruhenden Verkehrspolitik gegen die Strasse international immer mehr ins Abseits. Dort setzt man auf das Miteinander von Strasse und Schiene, weil gerade schwere Nutzfahrzeuge in den letzten zehn Jahren massiv umweltfreundlicher geworden sind. Seit Jahren warnen Fachleute vor linksgrünen Verlagerungssillusionen, weil man mit stets nur einschränkenden Zwangsmassnahmen gegen den Strassentransport die Verlagerung der täglich lebensnotwendigen Güterströme auf die Schiene nicht erzwingen könne. Jetzt schon ist absehbar: Neue Einschränkungen wie eine Alpentransitbörse werden die schweizerische Verkehrspolitik endgültig in ein totales Fias-

ko führen. Denn die KMU-orientierte Binnenversorgung wird aus dem Norditalien- und Tessin-Verkehr verdrängt – mit verheerenden Folgen für die Schweiz und ihre Wirtschaft.

Nach dem «Verlagerungsfiasko» müssen sich Politik und Behörden dereinst noch um den finanziellen Schaden kümmern, den sie angerichtet haben. Einerseits verpuffen seit Jahren Milliardeninvestitionen offenbar wirkungslos und werden noch weiter in NEAT-Luxuslösungen verlockt. Zum anderen wird der Schweizer Wirtschaft für diese gescheiterte Politik massiv Geld entzogen durch mehr Abgaben, höhere Steuern und teure Stauzeitverluste.

Das sind keine übertriebenen Befürchtungen, wenn man liest, wie sich die Alpeninitianten die Verkehrszukunft vorstellen: «Kommt die Wirtschaft in Schwung, werden wieder mehr Waren durch die Alpen gefahren. Die Alpen-Initiative fordert, dass die zusätzliche Gütermenge mit der Bahn transportiert wird und die Zahl der Lastwagen nicht erneut ansteigt. Dies kann kurzfristig durch eine sicherheitsbedingt rigorose Verschärfung des Dosiensystems am Gotthard, durch eine Neuberechnung der Klimakosten des Schwerverkehrs sowie die unverzügliche teuerungsbedingte Erhöhung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) erreicht werden. Am effizientesten ist die Einführung der Alpentransitbörse.»

Der römische Redner und Staatsmann Marcus Tullius Cicero (106–43 v. Chr.) war kein Verkehrspolitiker. Aber die von ihm hinterlassene Erkenntnis wäre in Bundesbern und anderswo bis heute zu beherzigen, um grösseres Unheil zu vermeiden: «Jeder Mensch kann irren. Im Irrtum verharren jedoch wird nur der Tor.»

Rote Köpfe an der 20. GV der ghi Muttenz

Regionale Parkraumlösung ist unabdingbar

Die städtische Parkraumpolitik sorgt für rote Köpfe und gibt vor allem in den Vorortsgemeinden zu reden. So auch an der Generalversammlung von ghi Muttenz, die zum dritten Mal im «Opel Center Basel» stattfand.

Ein Gewerbeverein wäre eigentlich eine treibende, wichtige Kraft zur Durchsetzung von wirtschaftspolitischen Anliegen, doch diese Einsicht ist leider noch nicht überall vorhanden, stellte ghi-Präsident **Beat Hüsl**er in seinem Jahresbericht fest und wies auf die Polit-Charta der Baselbieter Gewerbe- und Industrievereine hin. Diese Charta bietet die Grund-

lage für das inskünftig verstärkte gewerbepolitische Engagement im Kanton Baselland.

Regionale Parkkarte

Der ghi Muttenz hat sich bereits erfolgreich gegen die kommunalen Parkraumregelungen gewehrt, die zu einer Verknappung von Parkplätzen in Muttenz geführt hätten. Mit Blick auf die städtischen Parkraumbewirtschaftungspläne sei dieses Thema immer noch aktuell. «Wir müssen am Ball bleiben!», betonte Hüsl. Landrat **Christoph Buser**, Bereichsleiter KMU-Förderung der Wirtschaftskammer, nahm diesen präsi-

Die drohende Parkraumverknappung in den Agglomerationsgemeinden beschäftigt auch die KMU in Muttenz.



dialen Steilpass auf und orientierte über die derzeit laufenden Bemühungen für eine sinnvolle, für das Gewerbe vor allem noch bezahlbare regionale Lösung. Die geplante Aufhebung von weissen Parkflächen in der Stadt führe zu einem Chaos, unter dem vor allem die Vorortsgemeinden zu leiden hätten. Die Berufspendler würden in die Gemein-

den vertrieben, wo sie vor allem dem Gewerbe Parkraum wegnähmen. Die Wirtschaftskammer Baselland setze sich im Interesse der KMU-Wirtschaft mit grossem Engagement für eine einheitliche regionale Parkkarte ein. Separate Gemeinde-Konzepte wären keine Lösung und für die Gewerbetreibenden schlicht nicht mehr finanzierbar. **MWB.**

Ruhige GV des Gewerbe- und Industrievereins Bubendorf

KMU-Forum im Visier

Auf dem Hofgut Grosstannen – dem bereits traditionellen Versammlungsort – trafen sich die Mitglieder des GIV Bubendorf zu ihrer ordentlichen Jahresversammlung.

Die gemeinsam mit Reigoldswil durchgeführte Gewerbeschau in Ziefen war auch für die Bubendorfer Gewerbetreibenden das prägende Ereignis des vergangenen Jahres. OK-Präsident **Peter Räuflin** freute sich in seinem Rückblick über das gute Echo in der Bevölkerung. Die Schulanlage in Ziefen habe sich als ideale Lokalität für diesen regionalen Grossanlass erwiesen. Die 80 Aussteller aus beiden Gewerbevereinen seien rundum zufrieden gewesen. Fortan soll dieser gemeinsame An-



Präsident **Simeon Sollberger**.

lass alle vier Jahre stattfinden. Vereinspräsident **Simeon Sollberger** konnte mit Genugtuung vermelden, dass sich das eingespielte OK bereits für 2013 zur Verfügung gestellt hat. Der Wiederholung des Erfolges stehe demnach nichts im Wege.

Nach dem intensiven Vereinsjahr 2009 wollen es die Bubendorfer heuer ein wenig ruhiger angehen. Die wichtigste Aktivität im laufenden Jahrgang wird das 4. KMU-Forum im Herbst sein, für dessen

Ausrichtung turnusgemäss der GIV Bubendorf verantwortlich zeichnen wird. Als Nachfolgerin des langjährigen Aktuars **Heinz Grieder** wählte die Versammlung **Tanja Sutter**. **MWB.**

Outsourcing

Wir zeigen Ihnen die Möglichkeiten und Chancen auf, wie Sie Ihr **Rechnungswesen** und **Personaladministration** mit einer einfachen, massgeschneiderten Outsourcinglösung optimal organisieren können.

Bando Treuhand AG | Ettingen | Basel
T 061 406 62 62 | www.bandotreuhand.ch